

**Rede
von**

Petra Emmerich-Kopatsch, MdL

zu TOP Nr. 23

Abschließende Beratung

**Keine Beteiligung niedersächsischer Unternehmen
an Waffenexporten in Krisen- und Konflikt-regionen:
So leistet Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur
Fluchtursachenbekämpfung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/344

während der Plenarsitzung vom 17.05.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Lieber Kollege Schulz-Hendel, wir hatten uns mit den Kollegen der CDU und der FDP darauf verständigt, den Antrag in den Ausschuss zurückzuüberweisen, da sich ja doch viele Veränderungen ergeben haben. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, darüber einen Konsens herzustellen, und dass Sie zugestimmt haben, heute nicht abzustimmen.

Von daher habe ich nicht verstanden, warum Sie in Ihre Rede eine solche Schärfe hineingebracht haben. Für uns ist es selbstverständlich, dass die BRD keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete liefert. Aber natürlich müssen wir uns darauf einstellen, dass sich die Weltpolitik täglich verändert. Bei Waffenverkäufen ist es oft das Problem, dass Genehmigungen erteilt werden, aber die Herstellung der Waffen dann so lange dauert, dass sich die geopolitische Situation in der Zwischenzeit längst wieder verändert hat - wenngleich die Ansprüche auf den Erwerb der Waffen immer noch bestehen. Wir brauchen also etwas Schnellere, etwas bessere und vor allem auch absolut wasserdichte Exportkontrollen.

Vieles in Ihrem Antrag geht nicht. Von daher bin ich froh, dass wir es jetzt vielleicht hinbekommen, einen gemeinsamen Text zu erarbeiten. Was wir machen müssen, ist eine zeitgemäße Anpassung der Exportkontrollen. Die Ausfuhrkontrollen liegen, wie gesagt, beim Bund. Wir können nur auf unsere Parteien in der Bundesregierung einwirken, die Sorgen und Ängste aus Niedersachsen aufzunehmen. Und vor allem müssen wir uns auf europäischer Ebene abstimmen. Wir brauchen in all diesen Fragen gemeinsame Standards.

Was mir persönlich - das ist mit niemanden abgestimmt - noch fehlt, ist die Frage, wie wir eigentlich mit Drohnenkriegen umgehen. Das kommt in Ihrem Antrag nicht vor. Sie erwähnen darin nur konventionelle Waffen, weil es doch sehr um Rheinmetall geht. Aber Rheinmetall kann man von hier aus schlecht auffordern, nicht irgendwohin zu liefern, es sei denn, es handelt sich um zustimmungspflichtige Waffenlieferungen.

Also, an diesem Antrag müssen wir noch einmal ordentlich arbeiten.

Für uns gilt: Jetzt ist die Stunde der Diplomatie. Wir wollen uns auch von niemandem so entfremden, dass wir keine gemeinsame Sprache mehr finden. Wir sind auch gehalten, dass Waffen nicht über Drittstaaten in die Hände anderer Staaten oder Angreifer gelangen, bei denen wir das nicht wollen. Das hat zu unterbleiben. Die Kontrollen müssen auch dort dringend aktualisiert und vor allem wasserdicht gemacht werden. Das geht aber nur im Verbund mit ganz Europa. Daher streben wir an, dass wir dem Thema „internationale Friedenspolitik“ noch etwas stärker Raum geben.

Wir sind froh, dass es gelungen ist, noch einmal über einen gemeinsamen Text zu diskutieren. Wir wollen auf jeden Fall, dass das Thema nicht vergessen wird. Wir wollen es aber so bearbeiten, dass die Fakten, die dann in einem gemeinsamen Text stehen, auch korrekt sind, dass man den nach Berlin weiterleiten kann und dieser dort auch ausreichend Beachtung finden wird.

Vielen Dank erstmal, dass es gelungen ist, sich bis hierhin zu verständigen. Dank auch an die Kollegen von FDP und CDU, dass sie den Weg mitgehen. Auch wenn es etwas länger dauert - Hauptsache, es wird gut. Ich bin da sehr zuversichtlich.

Vielen Dank.